

# Zur Problematik der Studiengebühren

## Hochschulpolitik zwischen allokatons- und verteilungspolitischen Zielen

### Fortsetzung 2

#### **Gliederung:**

- 01. Historische Einführung**
- 02. Keine Umverteilung der Arbeit im engeren Sinn**
- 03. Abbau institutioneller Beschränkungen**
- 04. Senkung der privaten Ausbildungskosten durch verlorene Zuschüsse**
- 05. Senkung der privaten Ausbildungskosten durch Kredite**
- 06. Umverteilung durch Bildungspolitik?**
- 07. Die allokatve Problematik der Hochschulpolitik**
- 08. Allokation und Bürokratie**
- 09. Allokationsprobleme bei politischen Lösungen**
- 10. Das Problem des Kollektivgüterangebotes**
- 11. Anpassungsschwierigkeiten im Bildungssektor**
- 12. Das Problem des Verdrängungswettbewerbes**

## **10. Das Problem des Kollektivgüterangebotes**

**Bildungsgüter werden weitgehend als Kollektivgüter angeboten. Die Finanztheorie hat gezeigt, dass das Angebot von und die Nachfrage nach Kollektivgütern anderen Gesetzmäßigkeiten folgen als Angebot und Nachfrage an bzw. nach Individualgütern. Die Meinungen darüber, in welcher Weise der Übergang von einer individuellen zu einer kollektiven Lösung und insbesondere der Übergang zu einem demokratischen Willensbildungsprozess die Allokation beeinflusst, gehen weit auseinander.**

**In der Literatur werden vor allem zwei unterschiedliche Definitionen von Kollektivgütern vorgeschlagen. Mancur Olson spricht immer dann von Kollektivgütern, wenn potentielle Nachfrager vom Konsum nicht ausgeschlossen werden können, auch dann nicht, wenn sie nicht bereit sind, den Preis für das betreffende Gut zu zahlen. Man spricht vom Ausschlussprinzip. Bei Individualgütern hingegen erhält nur derjenige Nachfrager das Gut ausgehändigt, der bereit ist, den Preis für dieses Gut zu zahlen.**

**Ein Kollektivgut im Sinne Olsons liegt z. B. bei der Straßenlaterne vor. Ist sie einmal errichtet, leuchtet sie für alle Bewohner dieser Straße, unabhängig davon, ob sich die einzelnen Bewohner an den Kosten zur Erstellung und des Betriebs der Laterne beteiligen oder nicht. Verweigert ein Bewohner die Beteiligung an den Kosten, so kann aus technischen Gründen kein Ausschluss vorgesehen werden, die Laterne leuchtet unabhängig vom Verhalten der einzelnen Bewohner. Wir unterstellen hierbei stillschweigend, dass man zahlungsunwillige Bewohner nicht auffordern kann, die Wohnung in dieser Straße aufzugeben.**

**Paul Samuelson hat eine andere Definition eines Kollektivgutes vorgeschlagen. Nach Samuelson liegt immer dann ein Kollektivgut vor, wenn das Hinzukommen eines neuen Nachfragenden den Nutzen der bisherigen Konsumenten nicht schmälert. Hier spricht man vom Rivalitätsprinzip. Nehmen wir als Beispiel das Abhalten einer Vorlesung in einem noch nicht gefüllten Hörsaal. Der Umstand, dass ein weiterer Zuhörer hinzukommt, beeinträchtigt den Nutzen der bisherigen Zuhörer nicht. Bei In-**

dividualgütern hingegen ist davon auszugehen, dass immer dann, wenn sich eine größere Zahl von Nachfragern in eine gegebene Gütermenge teilen müssen, das Hinzutreten eines weiteren Konsumenten notwendigerweise zur Folge hat, dass den bisherigen Konsumenten weniger Gütermengen zur Verfügung stehen.

Diese beiden unterschiedlichen Begriffe eines Kollektivgutes spielen nun bei der Diskussion um die Frage, ob das Angebot an Bildungsgütern seitens der Hochschulen optimal erfolgt, eine entscheidende Rolle. Peter Widmaier spricht von einer Tendenz zu einer suboptimalen Ausstattung mit Bildungsgütern, wobei er die These vertritt, dass generell das Angebot an Bildungsgütern zu gering ist. Demgegenüber gehen andere von der These aus, dass kollektive Lösungen die Tendenz in sich tragen, die Nachfrage nach Kollektivgütern stärker anzuheben, als es dem Interesse der Nachfragenden selbst entspricht.

Den Grund für ein suboptimales Angebot an Bildungsgütern sehen Widmaier und andere in der Tatsache, dass Ausbildung ein Kollektivgut im Sinne von Olson darstellt. Es wird unterstellt, dass auch die Entscheidungen innerhalb eines Kollektivs letzten Endes von einzelnen Individuen ausgehen und dass die Bereitschaft, zur Finanzierung von Kollektivgütern beizutragen, gering ist, da der Zusammenhang zwischen Leistung und Gegenleistung nicht mehr gesehen wird. Je größer deshalb die Gruppe sei, umso weniger Individuen seien bereit, Kollektivlösungen zuzustimmen. Im Endeffekt würden somit weniger Kollektivgüter angeboten als es dem Interesse der Gesamtgruppe entspricht.

Die Tatsache, dass Bildung ein Kollektivgut im Sinne Olsons ist, kann auch so gedeutet werden, dass bei der Erstellung der Bildungsleistungen externe Erträge entstehen. Von den Aktivitäten der Bildungsstätten gehen nicht nur positive Wirkungen für die Studierenden aus, welche diese Leistungen unmittelbar nachfragen, gleichzeitig trägt vielmehr die akademische Ausbildung dazu bei, dass die Produktivität der Gesamtgesellschaft ansteigt. Machen wir uns diese Zusammenhänge anhand einer Graphik klar.

**Auf der Abszisse tragen wir die Anzahl der Bildungsgüter (z. B. der Studienplätze), auf der Ordinate den Grenzertrag aus dem Studium (also z. B. die aufgrund des Studiums erhofften späteren Einkommenssteigerungen) ab. Wir unterscheiden hierbei zwischen dem privaten Grenzertrag, den die Studierenden aus ihrem Studium erwarten und dem gesamtwirtschaftlichen Grenzertrag (ausgedrückt in der Zunahme des Inlandsproduktes), den die gesamte Volkswirtschaft dadurch zu erwarten hat, dass ein Teil der Arbeitnehmer die Hochschulen besucht.**

**Wir unterstellen einen abfallenden Grenzertragsverlauf, d. h., mit Zunahme der angebotenen Studienplätze sinkt der Grenzertrag. Wenn nur die Begabtesten studieren, ist der erwartete Grenzertrag relativ hoch. Je mehr Studienplätze angeboten werden, umso geringer fallen die von den einzelnen Studierenden erwarteten Ertragszuwächse aus. Da wir unterstellen können, dass aufgrund des Umstandes, dass Akademiker beschäftigt werden, auch das Einkommen der Nichtakademiker positiv beeinflusst wird, liegt der gesamtwirtschaftliche Grenzertrag über dem privatwirtschaftlichen, auch hier gilt, dass die gesamte Volkswirtschaft bei einer Ausweitung der Studienplätze zunächst einen relativ hohen Ertragszuwachs zu verzeichnen hat, dass eine Ausweitung des Bildungsangebotes zwar zu einer weiteren Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Ertrages führt, dass aber die Ertragszuwächse bei jedem weiteren Studienplatz abnehmen.**

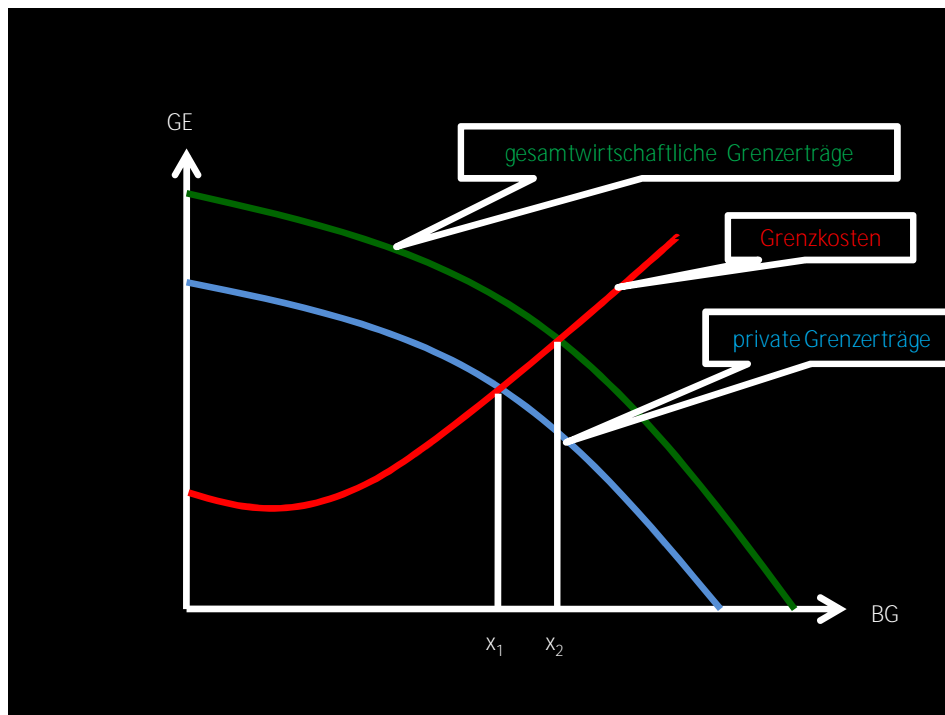
**Desweiteren wollen wir unterstellen, dass die Grenzkosten, welche im Zusammenhang mit dem Bildungsangebot entstehen, mit wachsendem Angebot ansteigen, wobei eine Ausweitung des Angebotes nicht nur die Gesamtkosten, sondern auch die Kosten pro Studienplatz ansteigen lassen. Die Grenzkostenkurve habe somit einen steigenden Verlauf.**

**Wenn wir nun unterstellen müssten, dass die einzelnen Hochschulleistungen von privaten Unternehmungen nach marktwirtschaftlichen Kriterien angeboten würden und dass die Studierenden in Form von Studiengebühren einen Preis für die nachgefragten Leistungen zahlen müssten, so würde im Gleichgewicht eine Menge angeboten, die gerade dem Schnittpunkt der privaten Grenzertragskurve mit der Grenzkostenkurve entspricht. Die Nachfragekurve würde nämlich dann mit dem Verlauf der privaten**

**Grenzertragskurve und die Angebotskurve mit dem Verlauf der Grenzkostenkurve zusammenfallen. Die Studierenden würden nur dann einen Studienplatz beanspruchen, wenn die zu zahlenden Preise die erwarteten privaten Grenzerträge nicht überstiegen. Die Unternehmer hingegen würden ihr Angebot an Bildungsleistungen solange ausweiten, als die Preise über den Grenzkosten liegen.**

**Das gesamtwirtschaftliche Optimum liegt jedoch beim Schnittpunkt der Grenzkostenkurve mit der gesamtwirtschaftlichen Grenzertragskurve. Solange die Kostenzuwächse bei einer Ausweitung des Angebotes geringer ausfallen als die gesamtwirtschaftlichen Grenzerträge, sind weitere Wohlfahrtsgewinne zu erwarten, das gesamtwirtschaftliche Optimum ist genau dann erreicht, wenn Grenzkosten und gesamtwirtschaftliche Grenzerträge zusammenfallen. Würde das Angebot auch dann noch ausgeweitet, wären annahmegemäß die Kostenzuwächse größer als die gesamtwirtschaftlichen Ertragszuwächse mit der Folge, dass die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt zurückginge.**

**Da wir nun unterstellt haben, dass die Kurve des gesamtwirtschaftlichen Grenzertrags über der Kurve des privatwirtschaftlichen Grenzertrags liegt, ist notwendigerweise das privatwirtschaftliche Gleichgewicht bei einem geringeren Angebot als das gesamtwirtschaftliche Optimum erreicht. Dies bedeutet, dass bei einer marktwirtschaftlichen Regelung weniger Bildung angeboten und nachgefragt wird als es eigentlich gesamtwirtschaftlich gesehen erwünscht wäre, das Bildungsangebot ist bei einer rein marktwirtschaftlichen Regelung suboptimal.**



**Peter Widmaier zog aus diesen Überlegungen den Schluss, dass nur dann eine optimale Ausbildung erwartet werden könne, wenn der Staat die Ausbildung übernehme und soviel Studienplätze anbiete, dass das gesamtwirtschaftliche Optimum erreicht werde.**

**Allerdings fragt es sich, ob dann, wenn das Angebot an Bildungsgütern dem Staat übertragen wird, die Politiker genau die Menge an Ausbildung anbieten, welche dem gesamtwirtschaftlichen Optimum entspricht. Auch bei einer politischen Lösung haben wir davon auszugehen, dass sich die einzelnen Beteiligten von Einzelinteressen leiten lassen.**

**Es war vor allem Joseph Alois Schumpeter, der in seiner Schrift über ‚Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie‘ darauf hingewiesen hatte, dass sich auch die Politiker bei ihren Entscheidungen von Einzelinteressen leiten ließen, dem Gewinnstreben der Unternehmer entspreche in einer repräsentativen Demokratie das Streben nach Stimmenmaximierung. An die Macht komme in einer Demokratie nur der Politiker, der bei den Wahlen die Mehrheit erlange.**

**Der Wettbewerb der Parteien zwingt die Politiker, ihre Maßnahmen daran auszurichten, möglichst viele Wählerstimmen zu gewinnen. Da die Politiker nur dann die Wähler gewinnen können, wenn sie in Aussicht stellen, den Wünschen der Wähler zu entsprechen, führt dieser Wettkampf der Parteien schließlich auch dazu, dass das Allgemeinwohl realisiert wird, auch dann, wenn sich die Politiker vorwiegend von Eigeninteressen und nicht ausschließlich von Gemeinwohlüberlegungen leiten lassen.**

**Nun kann man feststellen, dass die Mehrheit der Wähler nicht bereit ist, mehr Steuern für die Ausweitung der Hochschulen zur Verfügung zu stellen. Die Wähler sind mehrheitlich Nichtakademiker, sie sehen in einer Ausweitung der Hochschulen in erster Linie eine Begünstigung einer relativ kleinen Gruppe der Akademiker und damit eine Umverteilung zu ihren Lasten. Also werden Politiker in einer repräsentativen Demokratie auch nicht dadurch Stimmen gewinnen können, dass sie einen Ausbau der Hochschulen vorantreiben. Eher ist damit zu rechnen, dass sie in den Zeiten, in denen die Steuereinnahmen konjunkturbedingt zurückgehen und in denen Ausgabenkürzungen notwendig werden, diese vorwiegend im Bildungsbereich vornehmen.**

**Es ist also nicht damit zu rechnen, dass bei einer politischen Lösung Bildungsgüter in stärkerem Maße angeboten werden, als dies bei einer rein marktwirtschaftlichen Lösung der Fall ist. Es kommt noch hinzu, dass der Mangel einer marktwirtschaftlichen Lösung hier darin gesehen wird, dass mit dem Bildungsangebot externe Erträge verbunden sind, dass aber Externalitäten sehr wohl auch im Rahmen marktwirtschaftlicher Systeme internalisiert werden können, sodass ein optimales Bildungsangebot durchaus auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen realisiert werden könnte.**

**Ein ganz anderer Zusammenhang wird angesprochen, wenn bisweilen die Meinung vertreten wird, die Nachfrage nach Kollektivgütern sei größer als es dem paretianischen Optimum entspreche. Eine kollektive Lösung eines wirtschaftlichen Problems unterscheidet sich in erster Linie dadurch von einer individuellen, dass der für die Produktion aufzubringende Preis unabhängig von der Inanspruchnahme des Gutes erhoben werde.**

**Genauso wie bei einer privaten hat auch bei einer kollektiven Lösung in der Regel die Gesamtheit der Nutznießer für die Finanzierung der Kollektivgüter aufzukommen. Insofern hatten K. Wicksell u. a. recht, wenn sie die Steuern und Beiträge als Preise für Kollektivgüter ansahen. Der Unterschied zwischen Steuern und Preisen für Individualgüter liegt jedoch darin, dass die Steuerhöhe in keinem unmittelbaren Verhältnis zur Inanspruchnahme steht.**

**Das gilt sowohl in zeitlicher Hinsicht, die Steuern und Beiträge werden nicht bei der Inanspruchnahme der Kollektivgüter, sondern unabhängig davon in periodischen Abständen erhoben. Das gilt aber auch in der Hinsicht, dass das Ausmaß der Steuerpflicht in keinem Verhältnis zum Ausmaß der individuellen Inanspruchnahme der Kollektivgüter steht. Gerade aufgrund dieser Trennung zwischen Inanspruchnahme und Entrichtung des Preises wird beim Konsumenten der Eindruck erweckt, dass die Inanspruchnahme bedeutend billiger sei, als sie es tatsächlich ist.**

**Bei der Inanspruchnahme des Kollektivgutes entstehen den Individuen de facto geringere Kosten als der Gemeinschaft, so dass das Individuum ein Interesse daran hat, mehr Kollektivgüter nachzufragen als es dem paretianischen Optimum entspricht. Der Einwand, dass diese Mehrnachfrage letzten Endes doch vom einzelnen getragen werden müsse und deshalb nicht im Interesse des einzelnen liege, verkennt das eigentliche Problem eines Kollektivgutes. Denn eine Erhöhung der Steuern ist nur dann zu befürchten, wenn alle Individuen eine Mehrnachfrage ausüben.**

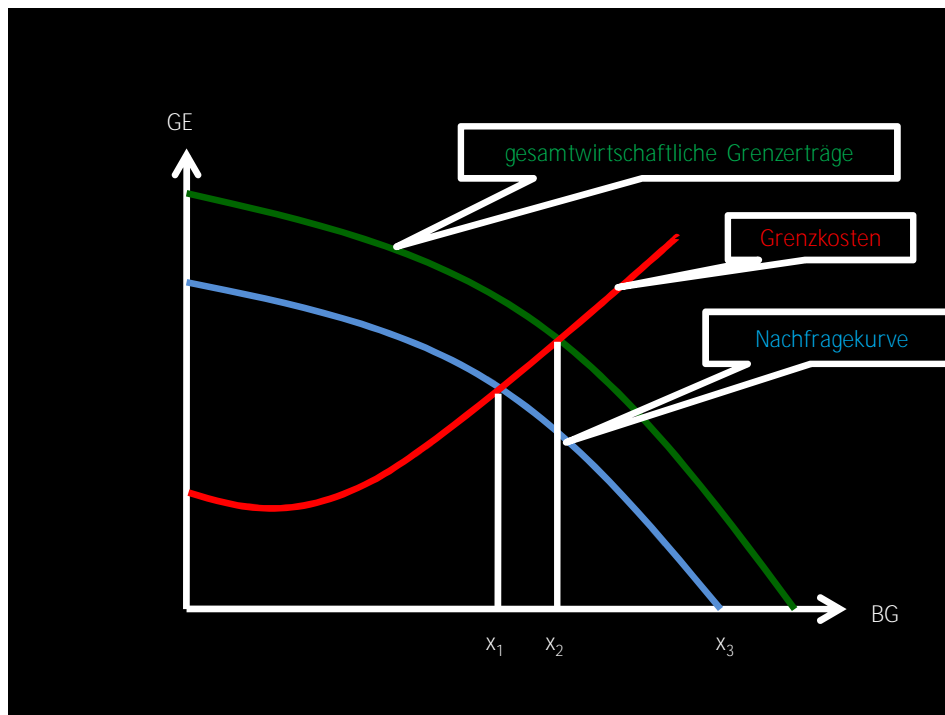
**Der einzelne verhält sich durchaus rational, wenn er diese Mehrnachfrage aufrecht erhält. Er muss davon ausgehen, dass die übrigen Konsumenten auch dann auf ihre Mehrnachfrage verharren, wenn er dank dieser gesamtwirtschaftlichen Einsicht auf die eigene Mehrnachfrage verzichtet. Auch bei voller Kenntnis der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge stellt er sich besser, wenn er die Mehrnachfrage ausübt.**

**Machen wir uns diese Zusammenhänge wiederum anhand einer Graphik klar. Ausgangspunkt sei das bereits oben entwickelte Diagramm, das als Angebots- Nachfrageschema für Kollektivgüter verstanden werden kann. Die Kurve des privaten Grenzertrages wird als Nachfragekurve gedeutet,**

die darüber Auskunft gibt, wie viel Einheiten des Kollektivgutes tatsächlich nachgefragt werden. Die Kurve des gesamtwirtschaftlichen Grenzertrages hingegen unterrichtet darüber, welche Wohlfahrt eine Gesellschaft bei unterschiedlichen Kollektivgüterangeboten erfährt. Die dritte bedeutungsvolle Kurve stellt die Grenzkostenkurve dar, welche angibt, wie sich die Gesamtkosten zur Produktion des Kollektivgutes bei Ausweitung des Kollektivgutes entwickeln.

In der ersten Graphik hatten wir zwei Gütermengen hervorgehoben: die Gütermenge  $x_1$ , die im Gleichgewicht erreicht würde, wenn auch die Bildungsgüter als Individualgüter angeboten würden und die Gütermenge  $x_2$ , die angibt, bei welcher Gütermenge ein gesamtwirtschaftliches Optimum erreicht wird. Wir hatten festgestellt, dass wegen des Vorliegens externer Erträge das private Angebot gemessen am gesamtwirtschaftlichen Optimum zu gering ist. Weiterhin mussten wir jedoch auch den Schluss ziehen, dass bei einer Finanzierung dieser Güter durch Steuermittel das vom Staat erstellte Bildungsgut höchst wahrscheinlich auch nicht größer ausfällt als bei einer rein marktwirtschaftlichen Lösung.

Wir haben nun weiterhin zu berücksichtigen, dass bei einer Finanzierung über Steuermittel bei der Inanspruchnahme der Bildungsgüter keine unmittelbaren Kosten entstehen, dass also die Bildungsgüter quasi zum Nulltarif bezogen werden können und dass deshalb die Menge  $x_3$  nachgefragt wird, welche dem Schnittpunkt der Nachfragekurve mit der Abszissenachse entspricht. Dieser Punkt unterrichtet über die Nachfragemenge für den Fall, dass der Preis dieses Gutes auf null sinkt.



Natürlich ist es richtig, dass die Bürger insgesamt auch bei einer Steuerfinanzierung für die Kosten der Bildung voll aufkommen müssen. Trotzdem bleibt bestehen, dass der einzelne Bürger sich durchaus rational verhält, wenn er seine Nachfrage am Preis bei der Inanspruchnahme ausrichtet. Er kann nicht damit rechnen, dass die Steuerhöhe sinkt, wenn er weniger von diesem Gut nachfragt. Dies wäre nur dann der Fall, wenn sich eine größere Gruppe von Bürgern in gleichem Sinne verhalten würde. Gleichzeitig muss der einzelne befürchten, dass eine Zunahme der Nachfrage der übrigen Bürger zu einer Zunahme der Steuerlast führen müsste, auch dann, wenn er selbst auf eine Mehrnachfrage verzichten würde.

Es findet immer eine Mehrbelastung derjenigen statt, welche die Nachfrage stärker einschränken als der Durchschnitt und gleichzeitig eine Begünstigung derjenigen statt, welche mehr als der Durchschnitt von einem Kollektivgut nachfragen. Der einzelne verhält sich also durchaus rational, wenn er seine Nachfrage am Preis bei der Inanspruchnahme ausrichtet. Wir haben hier ein Beispiel einer individuellen Rationalität bei gleichzei-

tiger kollektiver Irrationalität, auf die vor allem Kenneth Joseph Arrow aufmerksam gemacht hatte.

**Wir halten fest:** Bei einer Finanzierung über Steuermittel ist das Angebot an Bildungsgütern ( $x_1$ ) gemessen am gesamtwirtschaftlichen Optimum ( $x_2$ ) zu gering, die Nachfrage ( $x_3$ ) jedoch zu hoch. Dies bedeutet, dass Ungleichgewichte entstehen. Da die politische Lösung im Gegensatz zur Marktlösung keine Mechanismen zum automatischen Abbau von Ungleichgewichten kennt, bleiben auch diese Ungleichgewichte über längere Zeit bestehen. Über eine Rationierung in Form eines Numerus clausus muss dann die zu hohe Nachfrage auf das zu geringe Angebot zwangsweise zurückgeführt werden.

Dies führt jedoch immer zu sehr hohen Wohlfahrtsverlusten. Auf der einen Seite wird den Wünschen der Studierenden nicht entsprochen, sie können unter Umständen das Fach ihrer ersten Wahl nicht wählen oder sie müssen an Orten studieren, die sie nicht freiwillig gewählt hätten. Auf der anderen Seite ist keinesfalls sichergestellt, dass die Akademiker später dort eingesetzt werden können, wo sie den höchstmöglichen gesamtwirtschaftlichen Ertrag bei einer sachgerechten Ausbildung erzielt hätten. Es werden auf diese Weise somit nicht nur die Freiheitspielräume der Studierenden eingengt, es wird auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität beeinträchtigt.

## **11. Anpassungsschwierigkeiten im Bildungssektor**

Bildungspolitische Maßnahmen können jedoch nicht nur daran scheitern, dass die Angebotsstruktur nicht der Nachfragestruktur auf dem Bildungsmarkt entspricht, sondern auch daran, dass das Ziel der Vollbeschäftigung gefährdet wird, dass also der Arbeitsmarkt ungleichgewichtig wird. Wir haben davon auszugehen, dass die Gefahr der Arbeitslosigkeit bei den Arbeitskräften, die eine langwierige Ausbildung erfahren haben, groß ist, weil der Marktmechanismus auf diesen Märkten schlechter funktioniert als auf anderen Märkten. Da das Angebot an diesen Arbeits-

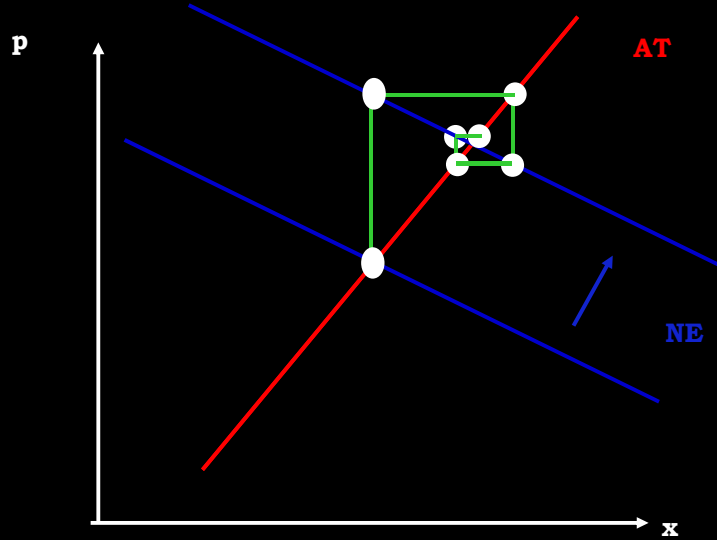
**kräften eine Ausbildung voraussetzt, wird auch bei beachtlichen Steigerungen der Entlohnungssätze das Angebot kurzfristig nicht ansteigen.**

**Wenden sich aufgrund dieses Lohnanstieges Arbeitskräfte vermehrt der Ausbildung dieser speziellen Berufe zu, so wird sich das Angebot zwar langfristig vergrößern. Dieser Zuwachs tritt jedoch verspätet auf, zu einer Zeit, in der vielleicht die Entwicklung der Nachfrage bereits eine Verringerung des Angebotes notwendig macht. Es besteht die Möglichkeit, dass das Arbeitsangebot nun insgesamt zu groß ist. Eine größere Markttransparenz könnte die Gefahr der Arbeitslosigkeit vermindern, obwohl bei freier Berufswahl eine endgültige Lösung dieses Problems nicht möglich erscheint.**

**Diese Zusammenhänge zwischen Einkommenszuwächsen und Reaktion des Arbeitsangebotes lassen sich anhand des Cobweb-Systems veranschaulichen. Das Cobweb-System wurde erstmals auf den Schweinemärkten entdeckt, hat jedoch mit Schweinen oder anderen landwirtschaftlichen Produkten nichts zu tun. Vielmehr entstehen Cobweb-Systeme überall dort, wo das Angebot erst langfristig auf Preisvariationen reagiert und wo man deshalb zwischen einer kurzfristigen und einer langfristigen Angebotskurve unterscheiden muss. Kurzfristig ist das Angebot vollkommen unelastisch, die Angebotskurve verläuft parallel zur Ordinatenachse. Langfristig reagiert das Angebot jedoch auf Preisvariationen sehr elastisch.**

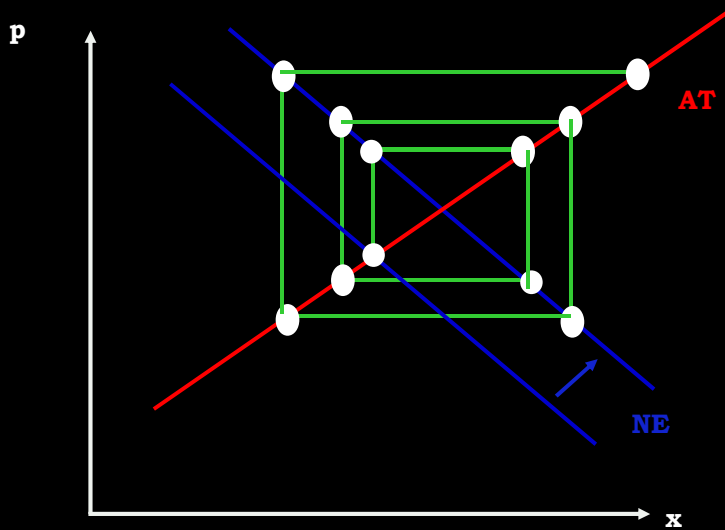
**Hierbei werden drei dynamische Verläufe unterschieden: den gedämpften Verlauf, den explodierenden Verlauf, und das Perpetuum mobile.**

### Cobwebsystem, gedämpft

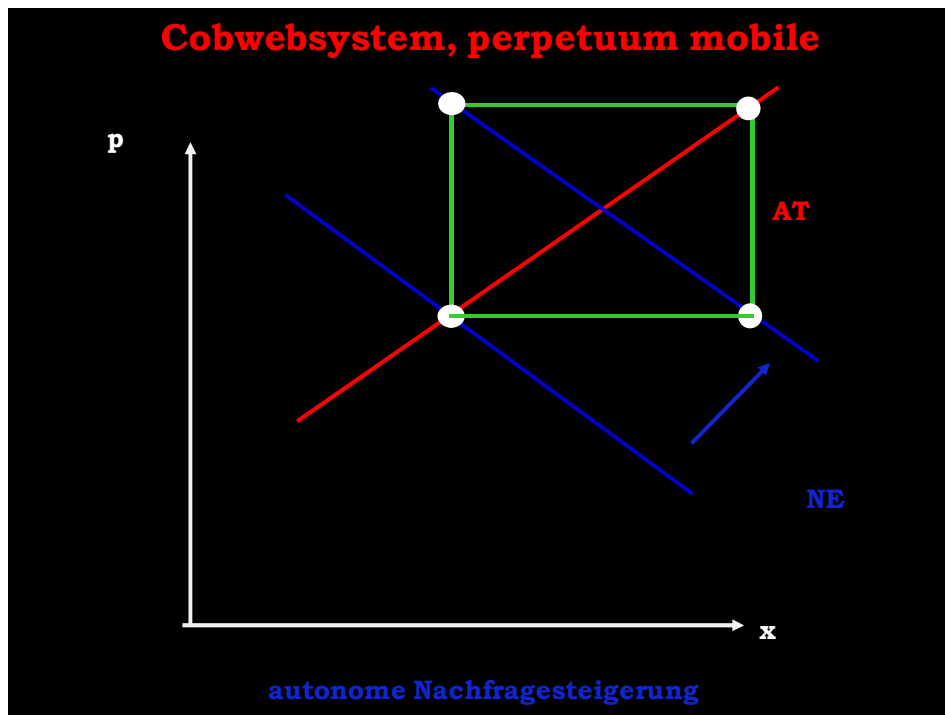


autonome Nachfragersteigerung

### Cobwebsystem, explodierend



autonome Nachfragersteigerung



Wir gehen stets von einer Nachfragesteigerung aus, die durch eine Verschiebung der Nachfragekurve nach rechts oben zum Ausdruck gebracht wird. Weiterhin gehen wir davon aus, dass das Angebot kurzfristig auf Preisänderungen nicht reagiert, dass also die Angebotskurve kurzfristig eine Parallele zur Ordinate darstellt. Erst nach Ablauf einer Periode reagiert das Angebot auf Preisänderungen der Vorperiode.

Kurzfristig gesehen steigt der Preis aufgrund der Nachfragesteigerung bis zum Schnittpunkt der neuen Nachfragekurve mit der kurzfristig vollkommen starren Angebotskurve. Langfristig hingegen reagiert das Angebot auf die Preissteigerung entsprechend der langfristig gültigen elastischen Angebotskurve. Diese Angebotsausweitung schießt jedoch über die Nachfrage hinaus, weil ja auch der Preis kurzfristig stärker als erwünscht angestiegen ist und führt deshalb in der nächsten Periode zu entsprechenden Preissenkungen und Angebotsanpassungen und so weiter.

**Dieses Spiel von Preisveränderung und langfristiger Angebotsanpassung erfolgt nun über eine Vielzahl von Perioden, wobei es nun von dem Verhältnis der Elastizitäten von Angebot und Nachfrage abhängt, ob der Preis tendenziell vom Gleichgewicht weggeführt oder zum Gleichgewicht hinführt oder schließlich sogar im Sinne eines Perpetuum mobile unbegrenzt um den Gleichgewichtspreis pendelt.**

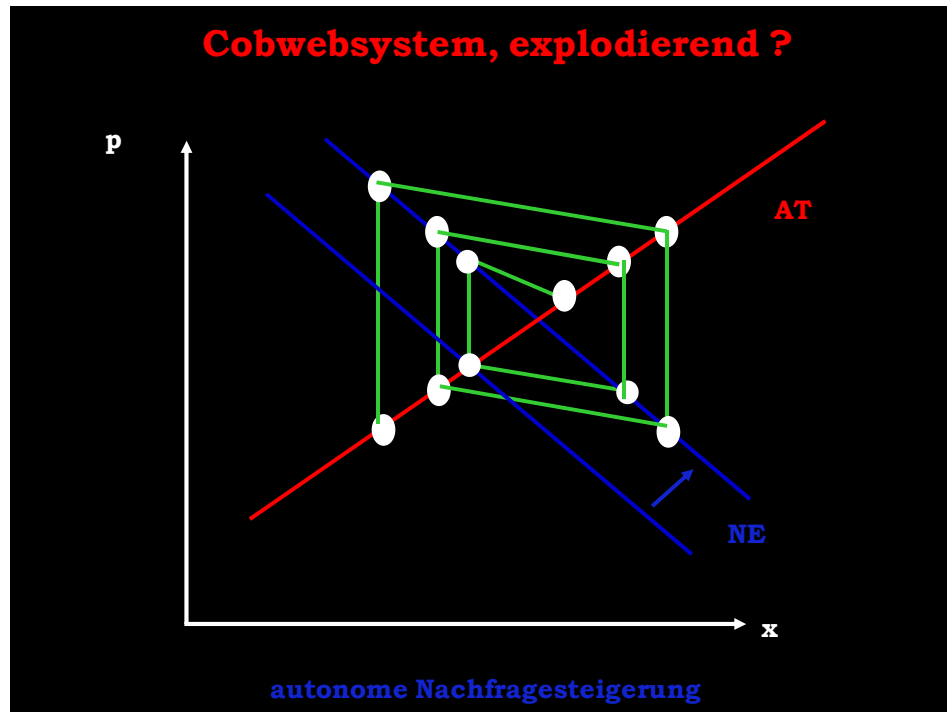
**Wenn die Elastizität der Nachfrage geringer ist als die des Angebots, führt dies zu einem explodierendem Fall, falls jedoch die Elastizität der Nachfrage größer als die des Angebots ist, liegt ein gedämpftes System vor, gleich hohe Elastizitäten führen schließlich zum Perpetuum mobile.**

**Müssten wir damit rechnen, dass das Verhalten des Cobweb-Systems auf vielen Märkten zu beobachten wäre, so wäre es um die Funktionstüchtigkeit eines marktwirtschaftlichen Systems schlecht bestellt. Es gibt jedoch gute Gründe anzunehmen, dass ein solches Verhalten eher zu den Ausnahmen zählt. Was sind es für eigenartige Menschen, welche feststellen müssen, dass die Preissteigerungen – und ähnliches gilt für Preissenkungen – stets über ihr Ziel hinausschießen und deshalb in ihren Erwartungen enttäuscht werden, trotzdem aber immer wieder in den gleichen Fehler verfallen und ihr langfristiges Angebot an den anfänglichen Preissteigerungen ausrichten.**

**Im Allgemeinen unterstellen wir in der Wirtschaftstheorie ein rationales Verhalten der Marktpartner und hierzu zählt auch die Annahme, dass die Menschen lernfähig sind, also aus Fehlern der Vergangenheit lernen und ihr Verhalten an die veränderte Situation anpassen. Man müsste also erwarten, dass sie aus ihren Erfahrungen gelernt haben, dass nämlich langfristig gesehen die anfänglichen Preissteigerungen wiederum korrigiert werden und dass sie deshalb bei ihrem Angebot von geringeren Preissteigerungen ausgehen.**

**In diesem Falle wäre jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem explodierenden System oder zu einem Perpetuum mobile kommt, äußerst gering und auch die Dauer der Anpassungsprozesse wäre stark reduziert. Die Linien, durch welche das Cobweb charakterisiert würde, hätten dann nicht mehr einen waagrechten, sondern einen mehr oder weniger geneig-**

ten Verlauf, mit der Folge, dass der Gleichgewichtsprozess stark abgekürzt würde.



In unserem Zusammenhange interessiert jedoch weniger die Frage, ob mit einem Cobweb-Verhalten im Allgemeinen zu rechnen ist, sondern allein, ob auf den Arbeitsmärkten für Akademiker ein solches Verhalten erwartet werden muss. Hier geht es jedoch weniger um die Frage, wie stark jeder einzelne Betroffene bei Preissteigerungen sein Angebot ausweiten wird, schließlich hat der einzelne nur zu entscheiden, ob er ein bestimmtes Studium aufnehmen wird oder nicht. Stellen z. B. die Studierenden fest, dass wegen zunehmender Knappheit die zu erwartenden Ärztehonoreare stark ansteigen, wird es auf jeden Fall zu einem vermehrten Studium in der Medizin kommen. Da aber das medizinische Studium sehr lange dauert, besteht die Gefahr, dass dann, wenn die Zahl der ausgebildeten Ärzte ansteigt, der Bedarf bereits wieder gesunken ist und mit ihm auch die zu erwartenden Einkommen.

**Das Arbeitslosenrisiko ließe sich erstens durch eine größere Flexibilität der Ausbildung verringern. Diese Forderung nach größerer Flexibilität kann sich einmal auf die größtmögliche Durchlässigkeit während des Ausbildungsganges (also auf die Möglichkeit während der Ausbildung auf einen anderen Ausbildungsgang überzuwechseln) beziehen. Größere Flexibilität kann jedoch auch bedeuten, dass sich die Ausbildung zunächst auf die Vermittlung generellen Wissens beschränkt bzw. dass erst sehr spät im Ausbildungsprozess mit einer Spezialisierung begonnen wird.**

**Auf diese Weise könnte erreicht werden, dass die Arbeitskräfte bei einem Überangebot auf dem einen Markte auf einen anderen (verwandten) Markt überwechseln können. Aber auch hier muss vor einem zu großen Optimismus gewarnt werden. Die Entwicklung des wissenschaftlichen Fortschrittes war nur möglich aufgrund einer weitgehenden Spezialisierung des Wissens.**

**Eine größere Markttransparenz wäre weiterhin sowohl für die voraussichtliche Entwicklung der Nachfrage wie des Angebotes nach bzw. an qualifizierten Arbeitskräften erforderlich. Beide Entwicklungsreihen hängen jedoch von so vielen Unsicherheitsfaktoren ab, dass von dieser Seite eine entscheidende Verminderung des Arbeitslosenrisikos nicht zu erwarten ist.**

**Die Entscheidung darüber welcher Beruf ergriffen werden soll, wird oftmals unabhängig von der Frage nach den Berufsmöglichkeiten der Absolventen gefällt. So wird oftmals gefordert, dass jeder Bürger, unabhängig von den tatsächlichen Berufschancen ein verfassungsmäßig geschütztes Recht auf Ausbildung besitzen soll. Es verwundere deshalb nicht, wenn das Angebot an Akademikern der Nachfrage der Industrie nicht entspreche und wenn deshalb Arbeitslosigkeit bei den Akademikern entstehe. Es wird deshalb eine bedarfsorientierte Planung der Bildungspolitik gefordert, die das staatliche Bildungsangebot an der zu erwartenden Nachfrage ausrichten solle.**

**Diese Forderungen übersehen, dass hier vom Staat mehr verlangt wird, als er leisten kann. Gerade wegen der zeitlichen Länge des Studiums kann zumindest in einer Marktwirtschaft nicht festgestellt werden, wie sich der**

Bedarf für einzelne Berufe nach 5 – 8 Jahren entwickeln wird. Soweit sich aber bestimmte Tendenzen in der Berufsentwicklung abzeichnen, ist es nicht einzusehen, weshalb der Staat diese Entscheidung den einzelnen Bildungswilligen abnehmen soll, warum die einzelnen aufgrund ihrer sehr individuellen Risikobereitschaft diese Entscheidung nicht sehr viel zweckmäßiger fällen können als der Staat in einer globalen Grundsatzentscheidung.

Natürlich muss man sich darüber im Klaren sein, dass die Nachfrage nach Ausbildung umso größer ausfällt, je stärker die individuellen Ausbildungskosten von den gesamtwirtschaftlichen Ausbildungskosten abweichen. In diesem Falle bleibt wegen Knappheit der Güter dem Staat nichts anderes übrig, als gewisse Begrenzungen im Studium vorzusehen.

Alternativ hierzu wird vorgeschlagen, Bildungsgutscheine einzuführen, die den Studenten für eine begrenzte Studienzeit kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Diese Zeit bezieht sich auf die Regelstudienzeit plus 2 – 4 Semester zur Vorbereitung auf das Abschlussexamen. Überschreitet der einzelne Student diese Zeiten, so soll er für jedes weitere Semester eine bestimmte Gebühr entrichten.

Die Effizienz dieser Bildungsgutscheine wird im Allgemeinen gering eingeschätzt. Nur ein sehr geringer Prozentsatz der Studenten wird diese festgesetzte Zeit überschreiten. Für die Masse der Studenten gehen somit keine Effekte auf die tatsächliche Studienzeit aus. Es werden aus den gleichen Gründen auch keine nennenswerten zusätzlichen Finanzierungsmittel gewonnen. Schließlich ist zu bezweifeln, ob der Staat wirklich bestrebt sein sollte, die Studienzeit einer relativ kleinen Studentengruppe zu begrenzen. Jeder Student hat bereits einen massiven Anreiz, sein Studium so kurz wie möglich zu halten, da die Einstellungschancen mit wachsender Studiendauer drastisch zurückgehen. Es ist fraglich, ob eine erzwungene Verkürzung des Studiums die knappen Ressourcen der Universitäten entlastet, da die Zahl der Prüfungen auf diesem Wege wohl kaum reduziert, oftmals sogar erhöht wird.

Es kann weiterhin nicht damit gerechnet werden, dass eine Vergrößerung der Bildungsausgaben automatisch und in jedem Falle die Verteilung des

**Zugangs zu den Bildungseinrichtungen verbessert. Es besteht erstens die Gefahr, dass die Finanzierungsmittel so ineffizient angelegt werden, dass das reale Angebot an Bildungsleistungen kaum oder nicht im erwünschten Maße zunimmt. Auch die Bildungsgüter werden wie fast jedes Gut aus der Kombination mehrerer komplementär zueinander stehender Produktionsfaktoren erstellt. Es kann somit nur dann eine Zunahme des Angebotes der Bildungsgüter erwartet werden, wenn alle komplementären Faktoren vermehrt werden.**

**Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, entstehen Engpässe, die eine Vermehrung des Gesamtangebotes verhindern. Abschließend muss allerdings festgestellt werden: Wenn auch das Risiko eines Akademikers groß ist, keinen geeigneten Arbeitsplatz zu finden, ist dieses Risiko doch wesentlich kleiner als das Risiko der Arbeitslosigkeit ungelernter Arbeitskräfte, da die moderne Produktionstechnik eine Mindestausbildung voraussetzt.**

## **12. Das Problem des Verdrängungswettbewerbes**

**Die bildungspolitischen Maßnahmen werden also unter Umständen zwar dazu führen, dass insgesamt weniger Arbeitskräfte geringerer Qualität und mehr Arbeitskräfte höherer Qualität angeboten werden. Die technischen Beschränkungen auf der Nachfrageseite bewirken jedoch, dass das Angebot nicht voll beschäftigt werden kann und dass deshalb diejenigen qualifizierten Arbeitskräfte, die in höheren Positionen nicht eingestellt werden können, notwendigerweise zu den Arbeitsplätzen mit geringeren Leistungsanforderungen abwandern werden.**

**Ein solcher Verdrängungswettbewerb ist jedoch weder für die verdrängenden Akademiker noch für die verdrängten Arbeitnehmer noch schließlich für die Allgemeinheit wünschenswert. Die Akademiker, welche keinen adäquaten Arbeitsplatz finden, werden zwar dann nicht unbedingt arbeitslos, sie finden jedoch nur eine Anstellung in einem Beruf, auf den sie gar nicht vorbereitet wurden. Sie sind frustriert, da sie ja mit der Stu-**

**dienaufnahme einen höheren Aufstieg in ihrem zukünftigen Berufsleben erhofft hatten. Sie erreichen ein Einkommen, das ihren Einkommenserwartungen nicht entspricht und sie sind auch nicht in der Lage, ihr während des Studiums erlerntes Wissen sachgerecht anzuwenden.**

**Für die Gruppe der Verdrängten gilt sinngemäß: Auch sie verdrängen Arbeitnehmer, die gemessen an ihrer Ausbildung auf einem unteren Platz einer Berufsskala stehen, auch sie müssen sich mit weniger Einkommen als erwartet zufrieden geben, auch für sie gilt, dass sie ihr erlerntes Wissen an den neuen Arbeitsplätzen nicht einsetzen können. Den allerletzten innerhalb dieser Berufsskala, die ungelerten Arbeitnehmer ‚beißen die Hunde‘. Sie haben Schwierigkeiten, überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden, für sie vergrößert sich die Gefahr der Arbeitslosigkeit.**

**Auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht führt der Verdrängungswettbewerb zu unerwünschten Folgen. Arbeitskräfte stellen stets knappe Produktionsfaktoren dar. Für sie gilt die Forderung, sie möglichst effizient einzusetzen. Werden Akademiker für Berufe ausgebildet, welche sie später nicht wahrnehmen können, so bedeutet ihre Ausbildung eine Vergeudung knapper Ressourcen. Auch die Ausbildung der verdrängten Nichtakademiker muss als Vergeudung angesehen werden. Eine Vergeudung von Produktionsfaktoren führt jedoch immer zu gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsverlusten.**

**Im Zusammenhang mit der Beurteilung der Pisa-Studien wird oftmals der Eindruck erweckt, als komme es darauf an, dass ein möglichst hoher Prozentsatz der Arbeitnehmer eine akademische Ausbildung erhalte und dass die Volkswirtschaft, welche den höchsten Prozentsatz an Akademikern aufweisen könne, den bildungspolitischen Zielen am nächsten gekommen sei.**

**Dem gegenüber muss betont werden, dass es auch ein zu viel an höherer und höchster Ausbildung geben kann. Es ist immer nur erwünscht, dass auch genau so viele Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden wie es auch Arbeitsplätze gibt. Natürlich braucht das vorgegebene Angebot an Arbeitsplätzen für Akademiker nicht als ein nicht zu veränderndes Datum angesehen werden.**

**Es kann durchaus erwünscht sein, dass man sich Gedanken darüber macht, wie dieses Angebot vergrößert werden könnte. Wir haben weiter oben gesehen, dass dieses Angebot vom jeweiligen technischen Fortschritt und von der Organisation der Unternehmungen abhängt und dass es durchaus Ansätze gibt, durch Änderung der Technik oder der Unternehmungsorganisation das Angebot an Führungsstellen zu vergrößern.**

**Es bleibt aber unerwünscht, für die einzelnen Führungspositionen mehr Ausbildungsplätze anzubieten als beim gegenwärtigen Stand der Technik entsprechende Arbeitsplätze angeboten werden können. Nochmals sei daran erinnert, dass man hierbei zwischen Ausbildung und Bildung unterscheiden muss, dass eine Ausweitung der Bildung als Konsumgut durchaus erwünscht und auch möglich ist. Die Begrenzung des Bildungsangebotes bezieht sich allein auf Ausbildungsplätze im engeren Sinne. Sie sind kostenintensiv im Gegensatz zu den Möglichkeiten, den allgemeinen Bildungsstand zu vergrößern.**

---

**Als nächster Artikel ist vorgesehen: , Zur Problematik der Pendlerpauschale‘**